

## **Zusammenfassung des Forschungsvorhabens**

Seit Jahrtausenden gestalten und nutzen Menschen ihre Lebensumwelt mit all ihren natürlichen, größtenteils regenerativen Ressourcen als Lebensgrundlage. Der Grad der Umgestaltung durch den Menschen hat hierbei kontinuierlich zugenommen. Während noch bis ins 19. Jahrhundert hinein die Menschen vielen Naturphänomenen und den meisten Naturgefahren einzig durch Ausweichen begegnen konnten oder ihnen schutzlos ausgeliefert waren, erfuhr die Naturnutzung spätestens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutliche Veränderungen. Die Menschen bezwangen die Natur zunehmend über technologische, aber auch hygienische Fortschritte (z.B. Ausrotten und Zurückdrängen verschiedener Seuchen) mit positiven Folgen für die menschliche Gesundheit (z.B. Erhöhung der Lebenserwartung). Im Gegenzug bedeutet der bis heute fortwährende Verbrauch nicht regenerativer natürlicher Ressourcen starke Beeinträchtigungen oder gar den Verlust ihrer Leistungsfähigkeit mit zum Teil schwerwiegenden unmittelbaren wie langfristigen Konsequenzen für die menschliche Gesundheit. Als Beispiele seien hier Gesundheitsgefährdungen durch hochgradig belastete Flüsse oder durch Luftschadstoffe sowie zahlreiche Stressfaktoren der urbanen, teils vollkommen von der Natur entkoppelten Lebensumwelten (Lärm, Strahlung, Wärmebelastung etc.) genannt, welche in der Umweltmedizin eine bedeutende Rolle spielen. Ferner werden vermehrt die Ausbreitung oder Wiederkehr von Krankheitserregern durch den Globalen Wandel und durch verunreinigtes Trinkwasser sowie die nur überschlägig abschätzbaren Risiken des Verlustes an Biodiversität diskutiert. Neben die ursprünglich (und in vielen Gebieten der Erde heute noch) lebenswichtige Frage „Wer schützt den Menschen vor der Natur?“ tritt damit nun die Frage „Wer schützt die Natur vor dem Menschen?“

Vor dem Hintergrund dieser kontrovers diskutierten Erfahrungen, Fragen und Lernprozesse in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik setzte vor etwa 20 Jahren national wie international verstärkt ein Umdenkprozess hin zu integralen Entwicklungsansätzen für Mensch und Umwelt ein. Dieser mündete u.a. 1992 in die Agenda 21 als erste verbindliche internationale Strategie einer nachhaltigen Entwicklung und weitere Abkommen. Deren Umsetzung und Weiterentwicklung erfolgt in Form von nationalen, regionalen und lokalen Programmen. Die Strategien der resultierenden Handlungsfelder haben auch in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen deutlichen Wandel vollzogen. Hiervon betroffen sind u.a. der

- Naturschutz, der sich – von Ausnahmen abgesehen – zunehmend als inter- und transdisziplinäres politisches Handlungsfeld zur Sicherstellung einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung versteht und partizipatorische Ansätze favorisiert, und zum anderen der
- Gesundheitsschutz (in einer weiter gefassten Definition des vorsorgenden Gesundheitsschutzes), der sich einer Vielzahl neu bewerteter Risiken (neuartige Infektionskrankheiten, Kanzerogene, Allergene, psychische Erkrankungen etc.) und einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen stellen muss. Gleichzeitig erfolgt über das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit mit dem Ziel eines präventiven, umweltbezogenen Gesundheitsschutzes eine Öffnung gegenüber den Umweltdisziplinen.

- (1) Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn  
Sigmund-Freud-Straße 25, D-53105 Bonn
- (2) ZENK-Rechtsanwälte, Hohenstaufenring 57, D-50674 Köln

In der Bevölkerung Deutschlands besteht bezüglich konkreter Maßnahmen des institutionellen wie ehrenamtlichen Naturschutzes oftmals ein erhebliches Akzeptanzproblem, vor allem wenn sie anderen Nutzungsinteressen konkurrierend entgegenstehen. Diese Akzeptanzprobleme gehen trotz intensiver Bemühungen um Partizipation aller Beteiligten punktuell immer noch mit der starken emotionalen Besetzung der Thematik (z.B. Befürchtung von Entwicklungshemmnissen) einher.

Auch Konzepte in der Medizin, die auf heilsame oder gesundheitsfördernde Phänomene und Produkte der Natur setzen, sind in hohem Maße emotional besetzt. Hierzu sei beispielhaft auf die kontroverse Diskussion der Begriffe „Naturheilkunde“ oder „Alternative Medizin“ in der Bevölkerung sowie in verschiedenen wissenschaftlichen Gruppierungen verwiesen, die in den letzten Jahren, einhergehend mit dem Wellness-Trend, eine Renaissance erlebt.

Der Gesundheitsschutz ist in vielen Lebensbereichen längst, sowohl rechtlich als auch konzeptionell, etabliert. Umweltstandards sind zunehmend immissionsorientiert, d.h. sie setzen Risikoabschätzungen und -bewertungen für die menschliche Gesundheit und nicht allein den emissionsorientierten Stand der Technik voraus. Allerdings ist der traditionelle Gesundheitsschutz heutzutage noch stark von den Möglichkeiten ordnungsrechtlicher Maßnahmen geprägt. Dies zeigt sich z.B. an der Diskussion um die Umsetzung der Feinstaubrichtlinie.

Die Schutzbedürftigkeit der Natur sowie der menschlichen Gesundheit werden heutzutage vermehrt auch in der Forschung als Oberziele anerkannt und münden in der Forderung nach einer ganzheitlichen Betrachtung des Mensch-Natur-Systems. Dies erscheint sinnvoll und pragmatisch, da die Strategien von Naturschutz und Gesundheitsschutz sich zunehmend in eine ähnliche Richtung entwickeln. Natur- und Wahrnehmungspsychologie, Medizinische Geographie, Naturmedizin sowie der Wellness-Sektor thematisieren seit mehr als einem Jahrzehnt die enge Verzahnung von Natur / Natürlichkeit und Wohlbefinden / Gesundheit. Auch die Werbebranche hat dieses Thema aufgegriffen. Vor diesem Hintergrund erstaunt es, dass den Verbindungen von Naturschutz und Gesundheitsschutz in Wissenschaft, Politik und Planung in Deutschland – vielleicht mit Ausnahme des Trinkwasserschutzes – bisher kaum Bedeutung beigemessen wurde. Dieser Umstand wiegt umso schwerer, als sowohl dem Naturschutz als auch dem Gesundheitsschutz in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie eine große Bedeutung beigemessen wird und diese Handlungsfelder deshalb in Politik und Wissenschaft für strategische Allianzen prädestiniert sind. Dem Naturschutz bieten sich zudem im Kontext des vorsorgenden Gesundheitsschutzes vielfältige Anknüpfungspunkte. Denn eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Natur für menschliches Leben einschließlich menschlicher Gesundheit würde möglicherweise die Voraussetzungen einer Akzeptanzsteigerung für Ziele des Naturschutzes erheblich verbessern.

Mit der vorliegenden Studie, die im Rahmen des Umweltforschungsplans 2004 der Bundesregierung erstellt wurde, erfolgte erstmalig die systematische Erfassung und Aufarbeitung möglicher Anknüpfungspunkte, aber auch Störungen zwischen Naturschutz und Gesundheitsschutz. Das **Ziel** war, die in Deutschland bestehenden Voraussetzungen und Potenziale für eine effektive Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Gesundheitsschutz zu identifizieren und auf dieser

Grundlage ein Konzept für deren Umsetzung zu entwickeln. Hierzu wurden folgende **Arbeitsschritte** vollzogen:

- Zusammenstellung von wissenschaftlichen Konzepten an der Schnittstelle von Natur- und Gesundheitsschutz,
- Analyse internationaler und nationaler umwelt- und gesundheitsrechtlicher Regelungen (sowie in ausgewählten Staaten),
- Durchführung und statistische Analyse einer Befragung von meinungsbildenden Akteurinnen und Akteuren des Naturschutzes, des Gesundheitsschutzes und verschiedener Querschnittsbereiche, um ein Stimmungsbild zu erhalten und Kommunikationsbarrieren aufzuspüren,
- Identifikation von Projekten, Programmen, Strategien und Projekträumen, in denen bereits eine Verknüpfung erfolgt oder gut realisierbar erscheint,
- Stärken-Schwächen-Analyse bisheriger Strategien und Konzepte,
- Aufzeigen von Handlungsoptionen sowie die Erarbeitung von Zielvorgaben.

Im Zentrum der Studie stand neben der Analyse wissenschaftlicher Erkenntnisse und einer rechtswissenschaftlichen Analyse die Befragung von 158 meinungsbildenden Akteurinnen und Akteuren des Natur- und Gesundheitsschutzes insbesondere auf nationaler und Landesebene mittels Fragebogen. Ergänzend wurden weitere Personen in Querschnittsbereichen (z.B. Umwelt und Gesundheit, Regionalentwicklung) bzw. in der Nordeifel auf regionaler bis kommunaler Ebene befragt. Ferner wurden 18 Expertinnen und Experten persönlich interviewt. Auf diese Weise war es möglich, ein detailliertes Stimmungsbild über die eigene und die jeweils andere Disziplin zu erhalten. So konnten Kommunikationsbarrieren identifiziert und bestehende Konzepte, Strategien und Handlungsfelder auf ihre Stärken und Schwächen für eine Verknüpfung von Natur- und Gesundheitsschutz hin bewertet werden.

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben brachte folgende **wesentliche Ergebnisse und Handlungsoptionen**:

- Die **gesellschaftliche Wahrnehmung** der Thematik ist zweigeteilt. Verbindungen zwischen Natur und Gesundheit sind seit der Antike bekannt, im Alltag allgegenwärtig und positive Verknüpfungen auch entsprechend durch die Werbung als ‚das Gute aus der Natur‘ thematisiert (Naturheilkunde, Wellness, Produktassoziationen oder Kampagnen). Demgegenüber werden konkrete Naturschutzmaßnahmen kritisch betrachtet. Nur in Ausnahmefällen (z.B. Trinkwasserschutz) werden sie mit Gesundheitsschutz assoziiert. Der Naturschutz als Globalschutz (z.B. Schutz der Biodiversität als Klimaschutz oder für pharmazeutische Nutzungen) hingegen wird sehr wohl als mittelbarer Schutz der menschlichen Gesundheit wahrgenommen.
- Die ausgewerteten **wissenschaftlichen Studien** behandeln ausführlich die Mensch-Natur-Beziehung und zeigen positive wie negative Bezüge zwischen Natur (Leistungsträger und Ressource) und Gesundheit im umfassenden Sinne (psychisch, physisch, sozial) auf. Bezüge zwischen dem expliziten Schutz der Natur und einer unmittelbaren gesundheitlichen Bedeutung beschränken sich hingegen fast ausschließlich auf die internationale Ressourcen- und Nachhaltigkeitsdiskussion sowie einige Aspekte des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(z.B. Trinkwasserschutz, gesunde Ernährung, Bewegungsförderung) und der gesundheits-touristischen Neuorientierung (z.B. Kurortqualifizierung, Wellness). So greift auch der umweltbezogene Gesundheitsschutz (speziell im Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, APUG) den Naturschutz bislang nicht als potenzielles Handlungsfeld auf. Gleiches gilt für das Konzept der therapeutischen Landschaften, obwohl es, insbesondere in Kombination mit dem MAB-Programm (Man and the Biosphere) und über die Umsetzung in Großschutzgebieten, eine wichtige Konzeption zur Verknüpfung von Naturschutz und Gesundheitsschutz darstellen könnte.

Zukünftig wäre es sinnvoll, die unterschiedlichen Ansätze und entsprechende Studien zu bündeln, für die verschiedenen Akteure aufzubereiten und in einem zu schaffenden Fachinformationsdienst „Naturschutz und Gesundheit“ verfügbar zu machen. Auf Grundlage dieser Studien sollten Modellvorhaben auf unterschiedlicher administrativer und räumlicher Ebene initiiert und bestehende projektgebundene Verbindungen weiterhin auf deren Effektivität hin untersucht werden. „Good Practice“-Beispiele sind hervorzuheben. Deren Vorstellung ist im Rahmen einer Fachtagung und deren Dokumentation in einem Sammelband anzustreben und einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

- Konkrete **rechtliche Verbindungen** zwischen Naturschutz und Gesundheitsschutz finden sich international wie national bisher nicht. Jedoch gibt es einige Verweise im Umweltrecht auf die Bedeutung des Ressourcenschutzes für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Naturlandhaushaltes und die Gesundheit sowie den Hinweis auf die Verbindung zwischen Natur, Erholung und Wohlbefinden. Die rechtlichen Kompetenzen im Gemeinschaftsrecht ebenso wie in Deutschland auf Bundes- und Landesebene lassen Verbindungen zwischen diesen beiden Schutzgütern durchaus zu.

In Zukunft wäre es deshalb sinnvoll, mögliche Verbindungen von Naturschutz und Gesundheitsschutz, soweit sie bestehen, in der Politik zu diskutieren. Hierbei ist zu ermitteln, inwieweit einerseits der Gesundheitsschutzaspekt in der Naturschutzgesetzgebung verankert werden kann und andererseits Naturschutzmaßnahmen als naturbezogener Gesundheitsschutz in den umweltbezogenen Gesundheitsschutz integrierbar sind.

- Die **Befragung** zeigte, dass die Akteurinnen und Akteure der untersuchten fünf Arbeitsbereiche (Natur-/Umweltschutz, Gesundheit, Umwelt und Gesundheit, Regionalentwicklung, Kommunalverwaltung) grundsätzlich der Thematik aufgeschlossen gegenüberstehen, insbesondere in den Querschnittsthemen Umwelt und Gesundheit sowie Regionalentwicklung. In den hier besonders relevanten Arbeitsbereichen Natur-/Umweltschutz und Gesundheit waren die Reaktionen insgesamt verhaltener, wobei Antwortende des Natur-/Umweltschutzes die Potenziale für eine konzeptionelle Verbindung der Schutzstrategien häufig deutlich geringer einschätzten als alle anderen. Grund hierfür ist vermutlich zum einen die Geringschätzung der eigenen Stärken und zum anderen die Tatsache, dass zumindest einige Befragte Naturschutz als ethisch begründeten Selbstzweck auffassen. Darüber hinaus wurden in beiden Disziplinen die klaren Ressortzuständigkeiten und die resultierenden Kommunikationsbarrieren betont, die sowohl horizontal als auch vertikal bestehen.

Ein vorrangiges Ziel sollte zukünftig sein, die Integration von Strategien und Konzepten des Naturschutzes und der Gesundheitsschutz sowohl horizontal als auch vertikal voranzutreiben. Der Fokus sollte hierbei verstärkt auf dem Abbau von Konkurrenzsituationen und Zuständigkeitsdenken liegen, um Win-Win-Situationen erkennen und nutzen zu können. Dies soll jedoch keine Vernetzung „um jeden Preis“ bedeuten. Vielmehr sollen die Ressorts bzw. Disziplinen zum Dialog und zur Koordination von Konzepten und Strategien angeregt werden, ohne zur Kooperation genötigt zu werden. Die Profile müssen jedoch klar herausgearbeitet und Verbindlichkeiten bzw. Zuständigkeiten klar und verständlich dargelegt werden. Unterschiede sind transparent zu gestalten und zu reflektieren. Ferner muss das bestehende Informationsgefälle horizontal wie vertikal überwunden werden, wozu die Dokumentation und Herausgabe eines Handlungsleitfadens sicherlich einen sehr guten Beitrag leisten kann. In diesem Zusammenhang ist die Einbeziehung der Verbände von entscheidender Bedeutung.

Alle wissenschaftlichen Konzepte und Projekte, rechtlichen Rahmenbedingungen, politischen Grundüberzeugungen und strukturellen Voraussetzungen zur Verbindung von Naturschutz und Gesundheitsschutz müssen sich aufgrund der starken emotionalen Besetzung der Begriffe Naturschutz und Gesundheitsschutz am Bedarf und an der Wahrnehmung der Gesellschaft bzw. der Bevölkerung orientieren. Derzeitige Strömungen wie die Wellness-Welle, die so genannte Ernährungswende oder der Drang nach Bewegung in der Natur sollten auf ihren Beitrag zu einer Annäherung von Naturschutz und Gesundheitsschutz hin untersucht und bewertet werden. Auf zunächst nicht stilvoll oder unkonventionell erscheinende Strategien der Zielvermittlung wie dem Rückgriff auf bewährte Methoden aus der Werbebranche sollte dabei nicht leichtfertig verzichtet werden. Denn eine Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen und -erfordernisse ist am ehesten zu erreichen, wenn die alltäglichen gesundheitsförderlichen Aspekte der Mensch-Natur-Beziehung und die Bedeutung des Naturschutzes in diesem Kontext verständlich und direkt vermittelt und somit als Motivationsimpuls stärker genutzt werden. Eine solche Strategie kann letztlich einem veränderten Umgang mit Natur und Gesundheit Vorschub leisten.

Wenn es gelingt, Naturschutz als Beitrag zum vorsorgenden Gesundheitsschutz zu etablieren, kann dieser auf der politischen Bühne ein wichtiges Aufgabengebiet hinzu gewinnen. Aufbauend auf dem vorgelegten Ziel- und Strategiekatalog gilt es jetzt, weitere Handlungsfelder zu identifizieren, im intensivierten Dialog Konkurrenzsituationen abzubauen und Synergien zu fördern. Denn der Naturschutz und der vorsorgende Gesundheitsschutz sind für strategische Allianzen prädestiniert, die es zu nutzen gilt.

Kontaktadresse:

Dipl.-Geogr. Thomas Claßen

Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn, Sigmund-Freud-Straße 25, D-53105 Bonn

Tel.: 0228 / 287 – 4886, Fax: 0228 / 287 – 9516, e-Mail: [thomas.classen@ukb.uni-bonn.de](mailto:thomas.classen@ukb.uni-bonn.de)

ab 01.04.2006:

Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (lögD) NRW, Westerfeldstraße 35-37, D-33611 Bielefeld

Tel.: 0521 / 8007 – 217, Fax: 0521 / 8007 – 299, e-Mail: [thomas.classen@loegd.nrw.de](mailto:thomas.classen@loegd.nrw.de)